

der Freitag Extra

IPB World Congress
30.09.–03.10.2016

Disarm!

For a Climate of Peace – Creating an Action Agenda

Die Welt ist überrüstet und Frieden ist unterfinanziert. Wie dieses Paradigma überwunden werden kann, steht im Mittelpunkt des Weltkongresses des International Peace Bureau. Eines steht schon jetzt fest: Nur gemeinsam können die dringend notwendigen umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen in die Wege geleitet werden. Mehr zum Programm auf www.ipb2016.berlin

Rüstung tötet täglich

Abrüstung für Entwicklung Das International Peace Bureau (IPB) arbeitet intensiv an der globalen Umverteilung von Rüstungsausgaben bis hin zu der Bewältigung der globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

■ Ingeborg Breines, Reiner Braun

Was ist auf einem Internationalen Weltkongress gegen den Zeitgeist weltweiter Aufrüstung, Modernisierung von Waffen, Krieg und Konfrontation zu setzen, wenn nicht weltweite Abrüstung und Umverteilung dieser Ressourcen zugunsten der globalen Herausforderungen? Dieser zentrale Punkt ist absolut notwendig. Jährlich werden 1,7 Billionen Dollar für Rüstung ausgegeben, während fast eine Milliarde Menschen hungert; trotz weltweiter Armut, dramatischer Konsequenzen von Klimaveränderungen und fehlender Zugängen zu Wasser und sanitären Einrichtungen. Von fehlenden Mitteln für Gesundheitswesen und Bildung nicht zu sprechen.

Wovon soll die Umsetzung der viel gelobten Sustainable Development Goals (SDG) eigentlich finanziert werden? Dies alles sind nicht nur Probleme des globalen Südens: Hunger, Armut und Bildungsversagen prägen auch die sogenannten Industrieländer. Wie sollen denn Flüchtlinge integriert werden, oder fast noch wichtiger, wie soll denn Krieg als eine der wesentlichen Ursachen der Flüchtlingsbewegung überwunden werden? Wie soll denn die Konfrontation mit Russland überwunden werden, die Zuspitzungen in Südasien abgewehrt werden, der Krieg in Syrien oder der Dauerkonflikt im Mittleren und Nahen Osten endlich überwunden werden – wenn nicht durch eine grundlegende Abkehr von den unsäglichen Politik-Paradigmen des Militarismus und des Krieges? Wie können denn Waffenproduktion und Rüstungsexport ohne Vernichtung von Arbeitsplätzen – der Profit mit dem millionenfachen Tod – endlich überwunden werden?

Diese Herausforderungen und auch das Versagen der politischen Eliten weltweit sollen auf diesem Kongress thematisiert und auch angeklagt werden, ebenso wie die Gewinner und Profiteure in den Rüstungskonzernen und in der Politik. Kritik und Anklage sind notwendig, aber nicht genug. Auf dem Kongress soll es um Alternativen und besonders um Transformation gehen. Wie kommen wir von dieser unbefriedigenden Situation, den

beklagenswerten und auch anzuklagen den Zuständen zu einer Welt des Friedens und der Gerechtigkeit?

Was heißt das: große Transformation (entwickelt vom WBGU)? Viele weitere Fragen verbinden sich mit dieser einen. Was bedeutet grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Systeme und Strukturen? Steht der Kapitalismus auf dem Prüfstand oder sind nachhaltiger Frieden und die Überwindung von struktureller Gewalt durch Überzeugung und Ausgleich zu erreichen? Wer sind denn die Akteure dieser grundlegenden Veränderungen? Eine Friedensbewegung, die schwächelt, soziale Bewegungen, die sich in Veränderungsprozessen befinden, die „Arbeiterklasse“, was immer das heute sein mag, die Intelligenz, die Internetgesellschaft – schon die unvollständige Aufzählung provoziert Widerspruch und Diskussionen. Und nicht zuletzt, was sind die Methoden und Strategien der Veränderungen: Gespräche und Lobbying, Aufklärung, die „Straße“, Massenaktionen – auch hier gibt es viel mehr Fragen als Antworten, die neu gebündelt gehören. Wir wissen, was es nicht ist: Gewalt in allen Formen – seien es Drohnen und Krieg, seien es individuelle Terroraktionen.

Gewalt in allen Formen

Ein Kongress der Brisanz und der Herausforderung wirft viel mehr Fragen auf, als er selbst bei gutem Gelingen beantworten

kann. Aber spannend ist er auf jeden Fall – und international. „Nachdenkliche Geister“ aus ca. 40 Ländern werden anwesend sein. Um diese Fragen zu diskutieren, hat sich eine nicht alltägliche (manche sagen auch neue) Konstellation von Veranstaltern zusammengefunden: neben vielfältigsten unterschiedlichen Friedensorganisationen besonders die weltweiten Gewerkschaften mit dem Weltgewerkschaftsbund (ITUC) und die Weltzentrale von ver.di mit Name UNI, aber auch unterschiedliche Religionsgemeinschaften (weit über die christlichen Religionen hinaus) mit ihren vielfältigen Friedenpositionen, Friedenswissenschaft, besonders auch das renommierte SIPRI, Umwelt- und entwicklungspolitische Organisationen und viele mehr. Prominente aus der ganzen Welt haben zugesagt mitzudiskutieren: so u. a. die jemenitische Friedensnobelpreisträgerin Tawakkol Karman, der Außenminister von Kasachstan, die alternative Nobelpreisträgerin Vandana Shiva, der ehemaligen UNESCO-Generalsekretär Federico Mayor Zaragoza, die Ökonomen Samir Amin und James Galbraith und aus Deutschland u. a. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ko-Präsident des Club of Rome, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und der ver.di-Chef Frank Bsirske.

Weitere Informationen zum Kongress sowie zum großen Jugendprogramm, zu den verschiedenen *side events*, zum Kulturprogramm, den Ausstellungen, befinden sich auf der Webseite oder können als App heruntergeladen werden: ipb2016.berlin.

Die Sprache wird Englisch sein, wir werden aber die Plenarbeiträge und einzelne Foren ins Deutsche übersetzen. Das senkt hoffentlich die Hürde zum Mitmachen. Es ist ein Kongress zum Mit- und Selbermachen. Wir würden uns freuen, viele, die besorgt sind über die aktuelle Situation,

Das weltweite Versagen der politischen Eliten wird auf dem Kongress thematisiert

die die intellektuellen Herausforderungen einer Umbruchzeit und von sich dramatisch verändernden Gesellschaften mitgestalten wollen, zu vielfältigen kontroversen Diskussionen begrüßen zu können. Wenn es dann auch zu verstärkten Aktionen für den Frieden und für Abrüstung kommt, hat dieses weltweite Treffen seine Funktion mehr als erfüllt. Bitte rechtzeitig, möglichst schnell anmelden unter register@ipb2016.berlin. Es wird sicher spannend und kontrovers. Eine internationale Perspektive und Sichtweise hat in der Vergangenheit unsere Arbeit zu Haus immer befruchtet.

International Peace Bureau

Das International Peace Bureau (IPB, www.ipb.org), das älteste globale Friedensnetzwerk mit mehr als 300 Mitgliedsorganisationen in über 70 Ländern, wurde 1891/1892 gegründet. Bereits 1910 erhielt es den Friedensnobelpreis; zudem sind im Laufe der Jahre 13 der DirektorInnen des IPB mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, unter anderem Bertha von Suttner (1905), Alfred Fried (1911) und Ludwig Quidde (1927).

IPB verschreibt sich der Vision von einer Welt ohne Krieg. Der Hauptfokus der Arbeit des IPB liegt auf „Abrüstung für nachhaltige Entwicklung“ (*Disarmament for Development*), und diesbezüglich speziell auf der Umverteilung von Rüstungsausgaben. IPB ist überzeugt, dass die Reduktion von Rüstungsausgaben erhebliche Geldsummen für soziale Projekte im In- und Ausland freisetzen kann, welche

zur Erfüllung tatsächlicher menschlicher Bedürfnisse und zum Schutze der Umwelt führen würden.

Zu „Abrüstung für nachhaltige Entwicklung“ veranstaltet IPB seit 2011 den jährlichen *Global Day of Action on Military Spending* (GDAMS), welcher zu der Veröffentlichung der Zahlen der globalen Rüstungsausgaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI stattfindet. IPB unterstützt zahlreiche weitere Abrüstungskampagnen und liefert Fakten und Zahlen zur ökonomischen Dimension von Waffen und Konflikten. Dabei ist die atomare Abrüstung seit den

1980er Jahren ein Arbeitsschwerpunkt des IPB, welcher bis heute in verschiedenen Kontexten fortgeführt wird. Der Weltkongress vom 30. September bis 03. Oktober an der Technischen Universität in Berlin ist eine Fortsetzung der Arbeit zu „Abrüstung für Entwicklung“ und des Einsatzes für eine Welt ohne Krieg.

Das Netzwerk des IPB, bestehend aus Einzelmitgliedern und Mitgliedsorganisationen, bildet eine globale Gemeinschaft, die Wissen und Kampagnenerfahrung für ein gemeinsames Anliegen vereint. IPB verbindet in diesem Sinne

ExpertInnen mit AktivistInnen, die zu Friedensthemen arbeiten, zu einer starken zivilgesellschaftlichen Bewegung. Seit 1992 vergibt das IPB den Sean MacBride

Friedenspreis an eine Person oder Organisation, die herausragende Arbeit für Frieden, Abrüstung und/oder Menschenrechte leistet. Dieser Friedenspreis ist nach dem langjährigen IPB-Präsidenten, irischen Außenminister und Friedensnobelpreisträger (1974) Sean MacBride benannt.

Seit 1977 hat IPB beratenden Status im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) sowie Assoziierten Status in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen (DPI). IPB spielt eine zentrale Rolle im Genfer NGO-Komitee für Abrüstung, einem Komitee der Konferenz der NGOs mit Beratendem Status im ECOSOC (CONGO). Darüber hinaus bestehen Schwesternkomitees in New York und Wien, mit denen IPB diverse Abrüstungsverhandlungen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen verfolgt.



I. Breines und R. Braun sind die beiden aktuellen Präsidenten des IPB, Ingeborg war Direktorin der UNESCO und Reiner ist der Geschäftsführer der JuristInnen gegen Atomwaffen



■ James Galbraith

Seit Adam Smith ist eine der wenigen konsequenten Leistungen der klassischen und neoklassischen Ökonomie das allgemeine Verständnis für die Kosten von Krieg und den Wert von Frieden. Smiths zentrale Botschaft war, dass Reichtum durch Arbeitskraft und Handel entstand und nicht durch Plünderung oder durch ihre merkantilistischen Nachfolger – die Anhäufung von Reichtümern durch Handelsüberschüsse. Und während es Gegenströmungen wie beispielsweise List, Schumpeter und Keynes sowie ihre modernen Nachfolger gibt, bleiben die grundlegenden, miteinander verbundenen Elemente von Frieden, Produktion, Wohlstand und ausgewogenem Handel die wirkungsvollen Kräfte.

Eine logische Konsequenz ist, dass in einer Welt mit unausgeglichenem Handel Frieden und Stabilität durch einen, wie es Keynes nennt, „Double Bluff“ (einer doppelten Täuschung) erhalten bleiben. Ein Beispiel dafür geben die Handelsbeziehungen zwischen den USA und China. Die USA zahlen für chinesische Waren mit elektronischen Münzen; China akzeptiert diese Zahlungsart und verschifft die Ware – wohl wissend, dass eine Auszahlung auf das chinesische Bankkonto durch die USA nie erfolgen wird. Chinas Forderungen sind grundsätzlich auf Reichtum ausgerichtet. In der Praxis können sie jedoch nicht ausbezahlt werden und behalten ihren Wert. Beide Seiten behaupten, dies nicht zu sehen – die USA, weil sie die Waren wollen, und die Chinesen aus anderen Gründen, unter anderem denken sie, der Zugang zu den westlichen Märkten würde chinesische Produktionsqualität verbessern. Und so wird einfach weitergemacht.

Ressourcenmanagement

Das China von Europa ist Deutschland. Stabilität in Europa wird durch die deutschen Behörden gefährdet, die sich weigern, bei dem Bluff mitzuspielen, der eben für Stabilität in Europa notwendig ist. Der Bluff ist daran zu erkennen, dass der deutsche Handelsüberschuss nur so lange nachhaltig ist, wie sich die entsprechenden Schulden ansammeln und nicht zurückgezahlt werden. Eine Zahlungsbegleichung ist unmöglich. Also muss sich entweder der Schuldner weigern zu zahlen, so wie es lateinamerikanische Länder oft getan haben; oder der Gläubiger eignet sich als Erfüllung seines Anspruchs Vermögenswerte an, so wie es Deutschland heute in Griechenland tut. Beide Fälle haben Konfliktpotenzial und vermitteln die Wahrnehmung einer großen Ungerechtigkeit.

Imperien haben sich seit jeher so organisiert, dass sie an einem Ort Ressourcen förderten und sie an einem anderen verwendeten, ohne knapp gewordenes Gold oder andere anerkannte Devisen in einem unausgeglichenen Handel mit Außenstehenden zu opfern. In einigen Fällen – wie

Kein Frieden – kein Wohlstand

Guter Glaube Frieden ist möglich, sobald er im Interesse auch der Mächtigen liegt. Es bedarf einer ehrlichen Wirtschaft, dieses Interesse zu fördern

Kann Reden die Welt retten? Vielleicht nicht. Aber es ist das Einzige, was sie retten könnte

beispielsweise Russland, Brasilien, China und in den USA des 19. Jahrhunderts – gehörte dieses Ressourcenmanagement zum Kernstück der Imperien und war somit es eine innenpolitische Angelegenheit. In anderen Fällen – Großbritannien, Frankreich, in den USA des 20. Jahrhundert – war das Ressourcenmanagement außenpolitisch und hatte die Form von Kolonien oder Schutzgebieten. Der Streit zwischen Europa und dem Russischen Reich um die dazwischenliegenden Länder (Polen und Galizien) wurde und wird bis zu einem bestimmten Grad auch heute über Land und Ressourcen geführt. Die aktuelle Reorganisation der polnischen Landwirtschaft und die kommende Reorganisation der ukrainischen Landwirtschaft gehören zu den neuesten Entwicklungen dieser Geschichte. Sie reflektiert die Abgrenzung der Mächtigen zu den Reichen.

Im Nahen Osten und in Nordafrika gibt es schon lange die Offensive, abhängige Staaten eines bereits zerbrochenen Reiches zu liquidieren und sie durch abhängige Staaten eines zerbrechenden Reiches zu ersetzen. Das funktioniert nicht gut. Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien sind Musterbeispiele für Grenzen von militärischer Macht und für die damit verbundenen Vorteile, die sich für die lokalen Kräfte durch die lang anhaltenden bewaffneten

Kämpfe gegen Außenseiter ergeben, ungeachtet des Monopols von Luft- und Seemächten der Außenseiter. Diese Vorteile haben mit der Art der Städte zu tun, mit der Art der modernen Waffen, mit nationaler und internationaler Psychologie und mit selbst auferlegten Grenzen für extremste Formen von Gewalt und mit politischen Kosten für Verluste der reichen Länder. Die Kriegskosten sind gestiegen und die Vorteile dafür gesunken. Das jetzige Ergebnis ist die Auflösung von Nationalstaaten, die sich zu Enklaven und Lehen transformiert haben – alles mehr oder weniger gerechtfertigt und vertretbar. Die großen Nationalstaaten in diesen Regionen, die intakt bleiben, werden in Zukunft führende Rollen übernehmen: der Iran, die Türkei und Russland. In Asien wird es China sein und natürlich Japan. Ich bezweifle, dass dies die neokonservative Idee war.

Der strategische Instinkt gibt vor, in einer solchen Situation zu provozieren und die konkurrierenden Regionalmächte (Russland, China, Iran) zu destabilisieren. Daher auch der Angriff auf das iranische Atomabkommen, das, laut meiner gut informierten Physiker-KollegInnen, dem Iran weniger spaltbares Material übrig gelassen hat, als erforderlich wäre, um einen einzelnen atomaren Sprengkörper herzustellen. Und daher auch der Streit um ein paar pathetische Sandbänke im Südchinesischen Meer. Im russischen Fall ist es komplizierter; die baltischen Staaten sind (wohl oder übel) NATO-Mitglieder und haben somit das Recht auf Schutz, auch wenn Russland ebenfalls ein Recht auf Nichteinmischung und Respekt seiner Grenzen hat. All diese Mächte ergänzen ihre Streitigkeiten durch Ansprüche auf Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit; und auch kleinere und schwächere Mächte ha-

ben berechnete Interessen. Das vorrangige Ziel ist – und das ist der kritische Punkt –, den Frieden mit den Großmächten zu erhalten, so wie es auch schon während des Kalten Krieges war.

Risiken eingehen

Was ist nun also zu tun? In jedem Land und jeder Region bleibt die höchste Priorität, Atomwaffen zu reduzieren, und zwar so weit zu reduzieren, dass ihre Existenz rein symbolischer Natur ist, damit sie in keinem konkreten Konflikt benutzt werden können. Alles andere führt zu einer Katastrophe. Was haben 20 B-61 Wasserstoffbomben in Incirlik zu tun, wo es dort doch gar keine Flugzeuge gibt, um sie zu transportieren? Was hatten 2007 sechs mit Atomwaffen beladene Cruise Missiles unter dem Flügel einer B-52 in der Barksdale Air Force Base zu tun? 2010 hatte ich Michail Gorbatschow gefragt, ob solch ein Kontrollverlust jemals in der Geschichte der UdSSR stattgefunden hat. Er antwortete emphatisch: nie. Die Tatsache, dass diese Zwischenfälle auftreten können und aufgetreten sind, ist ein Problem.

Eine neue Ära des multipolaren Regionalismus ist mittlerweile unvermeidlich. Genau in dem Moment, in dem große Herausforderungen, wie unter anderen der Klimawandel, auf globaler Ebene bewältigt werden müssen. Die USA und Europa sollten sich mit dieser Realität auseinandersetzen und nicht versuchen, sich darüber hinwegzusetzen. Das bedeutet natürlich auch, einige Risiken einzugehen. Wenn die Führer von Russland, China und dem Iran oder auch in diesem Zusammenhang Indien oder Nordkorea zu Krieg tendieren, wird Krieg auch kommen. Dies ist schon einmal passiert. Doch wenn Frieden möglich ist, muss man den Hysterikern entgegenreten, Deals vorschlagen und militärische Einsatztruppen sowie Atombomben reduzieren. Und vor allem verhandeln, verhandeln in gutem Glauben.

John F. Kennedy sagte in seiner Antrittsrede: „Wir dürfen niemals aus Angst verhandeln, aber wir dürfen keine Angst haben, zu verhandeln.“ Kann Reden die Welt retten? Vielleicht nicht. Aber es ist das Einzige, was sie retten könnte, oder sie bereits gerettet hat.

** Für die Wochenzeitung *der Freitag* und das Internationale Friedensbüro verfasst



James K. Galbraith ist Vorsitzender von Economists for Peace and Security (www.epsusa.org) und Autor des Buches: *Welcome to the Poisoned Chalice: The Destruction of Greece and the Future of Europe*

FOTO: 9COMEBACK/ISTOCK

Statements für Frieden und Nachhaltigkeit



Frank Bsirske

Angesichts von zunehmenden geopolitischen Konfliktlagen, autoritären Regimen, Bürgerkriegen und zerfallenden Staaten ist ein Einsatz für Frieden und Abrüstung so wichtig wie schon lange nicht mehr. Gerade bei bewaffneten Konflikten und in Krisengebieten werden soziale und Menschenrechte vielfach verletzt. Es sind vor allem die arbeitenden Menschen und ihre Familien, die Opfer der Einsätze von militärischen oder paramilitärischen Kräften, Unterdrückung und brutaler Ausbeutung werden. Sie verlieren oft Arbeit, Hab und Gut, werden vertrieben und müssen flüchten, Perspektiven und Zukunft hinter sich lassen. Ursache vieler Konflikte, Krisen und Bürgerkriege, auch im Kampf um Ressourcen und Lebenschancen, sind krasse Gegensätze von Armut und Reichtum. Befeuert werden sie durch globale Rüstungsausgaben von zuletzt 1.700 Milliarden US-Dollar, Aufrüstung und internationalen Waffenhandel.

Franz Bsirske, Vorsitzender von ver.di, Redner auf der berühmten Demonstration gegen den Irakkrieg am 15. 02. 2003



Mairead Maguire

In einer zunehmend von Abhängigkeiten geprägten, miteinander verbundenen Welt, die sich um den Aufbau von Brüderlichkeit, um wirtschaftliche Zusammenarbeit und um menschliche Sicherheit bemüht, sollten die Tötungs- und Einschüchterungsmethoden des Kalten Krieges und die Allmachtfantasien und Überlegenheitsallüren keinen Platz haben. Die Welt hat sich verändert. Die Menschen wollen nicht auseinanderdividiert werden. Sie wünschen sich ein Ende der Gewalt, des Militarismus und des Krieges. Das alte Bewusstsein hat ausgedient und ein neues Bewusstsein, das auf einer Ethik des Nichttötens, des gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit basiert, breitet sich aus. Es wird Zeit, dass die NATO erkennt, dass ihre Politik der Gewalt kontrapro-

duktiv ist. Der Krise in der Ukraine und Gruppen wie dem Islamischen Staat ist mit Gewehren nicht beizukommen, wohl aber mit Gerechtigkeit und einem Dialog des Friedens. Vor allem braucht die Welt Hoffnung. Gefragt ist eine inspirierende politische Führung, die Gestalt annehmen könnten, würden sich US-Präsident Barack Obama und Präsident Putin zusammensetzen, um den Konflikt in der Ukraine durch Dialog, Gespräche und Gewaltlosigkeit zu lösen. Wir leben in gefährlichen Zeiten, doch alles ist möglich, alles kann sich ändern... Und Frieden ist möglich.

Mairead Maguire, Friedensnobelpreisträgerin, ausgezeichnet für ihre friedlichen Aktionen im Nordirlandkonflikt und ihre Beteiligung am Finden einer Friedenslösung



Michail Gorbatschow

„Die NATO hat angefangen, sich auf den Übergang vom Kalten Krieg zu einem heißen Krieg vorzubereiten. Sie sprechen nur über Verteidigung, aber im Grunde treffen sie Vorbereitungen für Angriffshandlungen.“ Es sei verdächtig, so Gorbatschow weiter, wenn man in der NATO davon spreche, vor nichts Angst zu haben. Die in Warschau getroffenen Entscheidungen machten die Krise der NATO deutlich. Man wolle Russland provozieren, eine harte Reaktion zu zeigen. „Die Welt zerbricht, es gibt zu viele Konflikte, um die Kooperation zu beenden.“ Es sei unverantwortlich von der NATO, vier Bataillone „in Schussweite“ der russischen Grenze zu stationieren. „Russland darf nicht auf die Provokationen reagieren, sondern muss an den Verhandlungstisch zurückkehren.“

Michail Gorbatschow, ehemaliger Generalsekretär der KPDSU und Präsident der Sowjetunion, der mit vielfältigen Vorschlägen das weltweite Ringen um Atomwaffenfreiheit und Abrüstung anregte



Aude-Emmanuelle Fleurant

Die neuesten SIPRI-Daten bzgl. der Militärausgaben, veröffentlicht im Jahr 2016, zeigen, dass der Rückgang, welcher seit 2011 zu beobachten war, im Jahr 2015 stoppte und um 1 Prozent sogar wieder anstieg. Dies ist vor allem auf die geringere Reduzierung in den USA zurückzuführen, aber auch auf die Ausgaben der westeuropäischen Länder und auf den deutlichen Anstieg in anderen Regionen wie Asien sowie Mittel- und Osteuropa. Die aktuell schwankenden wirtschaftlichen Bedingungen (niedrige Ölpreise, stagnierendes BIP) in Kombination mit starken Spannungen und offenen Kriegen in verschiedenen Regionen der Welt machen es sehr riskant, auf eine Evolution der weltweiten Militärausgaben in naher Zukunft zu hoffen. Wenn jedoch der Aufwärtstrend im Jahr 2016 anhält, könnte der Zeitraum von 2011 bis 2014

zur kürzesten und dürrigsten Phase des Rückgangs der weltweiten Militärausgaben seit dem 2. Weltkrieg sein, mit insgesamt 1,85 % Rückgang im Vergleich zum Beispiel zu 33 % in der Zeit des Rückgangs nach dem Kalten Krieg (1988–1998). Umgekehrt würde dies bedeuten, dass die weltweiten Militärausgaben aus dem Jahr 2015, 1676 Milliarden USD, 2014 zum Startpunkt des höchsten Anstiegs der Militärausgaben seit dem Rückgang in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg machen würde. Dies könnte auch bedeuten, dass die weltweiten Militärausgaben höher sind als die 1779 Milliarden USD aus dem Jahr 2011, dem höchsten Stand seit 1988.

Aude-Emmanuelle Fleurant, Direktorin des Programms zu Rüstungsausgaben am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)



Reiner Hoffmann

Die Gewerkschaften unterstützen den IPB-Kongress seit vielen Jahren. Der DGB tut es, weil er seit seiner Gründung ein Teil der Deutschen Friedensbewegung ist. Aber nicht nur die Tradition verpflichtet uns, auch die nicht wenigen Probleme der Gegenwart motivieren zum Engagement auf dem Kongress, denn dort werden Humanismus und Pazifismus – zwei fundamentale Werte der freien Gewerkschaften – vor dem Hintergrund aktueller Probleme diskutiert. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Debatten wichtige Impulse für die Politik liefern. Denn Krieg, Terror, Klimawandel, Ungleichheit, Hunger und die steigenden Migrationsströme fordern uns gegenwärtig auf, eingeschlagene Wege zu reflektieren und nach komplexen Lösungen zu suchen. Ich engagiere mich deshalb beim IPB-Kongress auf ei-

nem Panel zur „Transformation“. Das ist ein viel diskutierter Begriff, der zum Ziel hat, die Lebensgrundlagen der Gesellschaft langfristig zu sichern. Häufig bezieht er sich nur auf ökologische Herausforderungen und übersieht die Bedeutung der Friedenspolitik für das Fortbestehen der Menschheit. Aus diesem Grund gehört diese Diskussion auf den IPB-Kongress. Der Weg zu einer friedlichen, gerechten und ökologisch verantwortungsvollen Weltordnung muss zusammen gedacht werden. Die soziale Dimension steht für mich dabei im Vordergrund, denn sie ist häufig die Ursache für Not und Gewalt.

Reiner Hoffmann ist der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und hat lange Jahre in Brüssel beim EGB gearbeitet.

Kann unser jetziges System in einer friedlichen Welt existieren?

Andersmachen Noam Chomsky ist Linguist und Kapitalismuskritiker. Dieser Text ist eine Zusammenfassung eines Video-Interviews, welches Joseph Gerson aus Anlass des Kongresses im Dezember 2015 führte

■ **Noam Chomsky, Joseph Gerson**

Auf der Konferenz „For Peace and Development: Disarm Now“ sagte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon 2009, dass die Welt überrüstet und Frieden unterfinanziert sei. Auf der kommenden IPB-Konferenz sollen nun Wege für die Entwaffnung des Planeten gefunden werden. Nach Noam Chomsky ist dies möglich, indem wir jene Ausgaben stoppen, die dafür gedacht waren, uns zu zerstören. „Wir müssen begreifen, was schon der große Smedley Butler sagte, dass Krieg ein Verbrechen ist: Ein paar wenige profitieren, viele müssen bezahlen.“ Der Irakkrieg alleine kostete viele Billionen Dollar. Er hat das Land zerstört, hunderttausende Menschenleben gekostet und Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Kosten und Ausmaß des Libyeneinsatzes müssten im gleichen Rahmen liegen. Allein die Militärausgaben sind eine enorme Belastung für den Staatshaushalt. Aber auch die Kriegsvorbereitung ist ein Verbrechen, inklusive Atomwaffenhandel. Die Militärfirmen erzielen ihre Einnahmen zum großen Teil durch den Steuerzahler. „Atomwaffen sind eine schreckliche Gefahr für uns alle“, so Chomsky, „und diese Praktiken können nur durch eine konzentrierte und engagierte Öffentlichkeit geändert werden. Doch bevor wir aktiv werden, müssen wir erst einmal verstehen, was hier gerade passiert.“

Krieg ist ein Verbrechen

Der Terminus ‚Wandel‘ wird derzeit von vielen WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen gebraucht. Oft ist die Rede vom gesellschaftlichen Wandel, den auch Noam Chomsky kommen sieht. Doch besteht die Gefahr, dass die Erkenntnis zu spät kommt – die Erkenntnis, dass wir systematisch die Grundlagen für ein angemessenes menschliches Überleben zerstören und dass diese Zerstörung nicht irgendwann in entfernter Zukunft geschieht, etwa in Tausenden von Jahren, sondern jetzt, in den nächsten Jahrzehnten. Umweltkatastrophen passieren schon heute, und wir steuern in Windeseile noch häufigeren und noch schlimmeren Katastrophen entgegen. Und die Welt guckt dabei weitestgehend kommentarlos zu.

Energiekonzerne versuchen immer wieder, die Regierungen zu überzeugen, Energieexportverbote aufzuheben. Es gibt eine große Diskussion über die Vor- und Nachteile der Energieunabhängigkeit. Jedoch wird kein einziges Wort darüber verloren, dass sie die Zerstörung unserer Umwelt und damit die globale Erderwärmung gravierend verschlimmern wird. Schlimm

genug sei das Ganze für uns, aber für Regionen wie Südostasien habe das Auswirkungen in unvorstellbarem Ausmaß, so Chomsky. Langsam wird begonnen, auf die Gefahren hinzuweisen, doch leider schreit dieses Umdenken viel zu langsam voran. „Zwei große Schatten liegen über allem, worüber wir hier sprechen“, sagt Noam Chomsky. Die Energieunabhängigkeit ist der eine Schatten, Atomwaffen der andere. „Solange das System der Atomwaffen intakt ist, sind wir alle in großer Gefahr. Und es wird sogar immer weiter modernisiert und ausgebaut – ganz entgegen des eigentlichen Vorhabens der Atomwaffenabschaffung.“ Diese zwei fundamentalen Probleme sind so weitreichend, dass sie alles andere überschatten. Der Wandel von der allgemeinen Teilnahmslosigkeit hin zum öffentlichem Engagement sei daher notwendig für unser Überleben.

Der Irakkrieg kostete viele Billionen Dollar. Er hat das Land zerstört

Die Frage ist, ob eine kapitalistische Welt überhaupt möglich ist. Wir reden von ‚Kapitalismus‘, aber was bedeutet das überhaupt? Leben wir in einer Marktgemeinschaft? Hat sich unsere Wirtschaft durch Marktprinzipien entwickelt? Als Beispiel führt Chomsky die US-amerikanische Wirtschaft auf, Gleiches gilt natürlich auch für Großbritannien, Deutschland, Japan. Die USA bedienten sich zur wirtschaftlichen Entwicklung der Sklaverei – ca. 100 Jahren lang, von der Gründung der Republik bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Die Sklaven schufteten in abscheulichen Arbeitslagern, um Handelsware herzustellen. Dies führte zum Boom von Produktion, Handel und Finanzinstitutionen. „All das war möglich durch scheußliche Sklavenarbeit und nicht zu vergessen durch die ‚Säuberung‘ des Landes von den Ureinwohnern.“ Sind das Marktprinzipien?

Ein weiteres Beispiel: Finanzinstitute sind während der neoliberalen Periode ganz enorm gewachsen: Ihnen kam fast die Hälfte aller Unternehmensgewinne zu – kurz vor dem letzten Finanz-Crash, für welchen sie weitestgehend verantwortlich waren. Insgesamt wurden etwa 80 Milliarden Dollar Gewinn pro Jahr allein in den USA geschätzt. Aber woher kamen diese Gewinne? In einer Studie vom IWF wurden Gewinne der großen amerikanischen Banken untersucht. Es sei er-

schreckend, sagt Chomsky, dass die meisten ihre Gewinne ausschließlich durch Steuergelder erzielten. Dies geschieht unter anderen über die Versicherungspolice der Regierung. Sie gewährt den Banken billige Kredite und Anreize, um die riskanten, aber profitablen Transaktionen, durchzuführen. Und wenn es schief läuft, drohen ihnen nicht mal rechtliche Konsequenzen, dann greift der sogenannte Bail-Out. Ist das Kapitalismus?

Friedlicher Kapitalismus

Oder Handelsabkommen: Das sind keine Handels-, Vereinbarungen“. Und „Frei“-Handelsabkommen schon mal gar nicht, die sind noch unfreier als Handelsabkommen. Sie wurden dafür ausgearbeitet, um Gewinne gerade solchen Konzernen zu gewähren, die dem Freihandel radikal gegenüberstehen. Die Abkommen waren nur ein Weg, um Investoren zu schützen und zu bereichern, und nicht, um die Rechte der Bürger zu schützen. Ist das Kapitalismus? „Das ist Kapitalismus im Sinne von einer Machtkonzentration in den Händen weniger privater Tyrannen, die rechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können.“ Staatskapitalismus steht oft in Zusammenhang mit falschen Machtinteressen und räumt dem Staat zu viel Macht und Rechte ein. Kann dieses System überhaupt überleben und in einer friedlichen Welt existieren? „Wenn man sich die Geschichte anschaut und sich in der gesamten Welt so umschaute, sieht man, dass das nicht gut funktioniert“, sagt Noam Chomsky.

Das Video-Interview kann in voller Länge eingesehen werden auf: www.ipb2016.berlin



FOTO: ABADONIAN/ISTOCK

ANZEIGE

Es ist eine neue Qualität der Militarisierung Europas, wenn die NATO und EU-Militäreinheiten im Mittelmeer eingesetzt werden, um die europäischen Außengrenzen gegen Flüchtlinge zu „sichern“. Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss Waffenexporte verbieten, Militäreinsätze beenden und die Grundlagen für eine gerechte und klimaneutrale Weltwirtschaftsordnung legen.

Verantwortung für den Frieden heißt Auslandseinsätze, Aufrüstung und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik stoppen.

Für eine europäische Friedens- und Entspannungspolitik statt Stärkung der NATO und Militarisierung der EU.

„Es muss Schluss gemacht werden mit der Bereitschaft, deutsche Soldaten in alle Welt zu entsenden. Deutschland soll als Staat den Kriegsdienst verweigern, das ist und bleibt die Grundaussage linker Außenpolitik.“

Wolfgang Gehrcke

MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Leiter des Arbeitskreises Internationale Politik

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Gewerkschaften sind in den letzten Jahren – vorsichtig formuliert – nicht durch übermäßiges Engagement in den Fragen Krieg und Frieden öffentlich wahrgenommen worden. Was hat ITUC/UNI bewogen, diesen weltweiten Friedens- und Abrüstungskongress aktiv zu unterstützen und das auch noch gemeinsam mit einer weltweiten Friedensorganisation wie dem IPB?

Sharan Burrow: Frieden und Demokratie sind zentrale Werte in der Verfassung des Internationalen Gewerkschaftsbunds (ITUC). In der Geschichte der Gewerkschaften hat es immer schon bestimmte Zeitpunkte in der Geschichte gegeben, in denen sich die Menschen den Stimmen für ein Ende der Konflikte oder gar den Protesten gegen die unterschiedlichen Kriegsbeteiligungen der Nationen angeschlossen haben. Unser Partner, der japanischen Gewerkschaftsbund RENGO, war immer schon internationaler Akteur für die Forderung nach nuklearer Abrüstung, aber er wurde auch von vielen anderen Akteuren begleitet. In allen UN-Diskussionen in Bezug auf dieses angestrebte Ziel war unsere Fahne präsent. Aber heute mit all der Gewalt und Unterdrückung, die die Existenz unabhängiger Ge-

ferenz ist eine gute Gelegenheit für die Menschen auf der ganzen Welt, ihr Engagement für Frieden, Demokratie und ihre Rechte neu zu fokussieren.

Philip Jennings: Die Gewerkschaften und die globale Arbeiterbewegung bleiben eine der größten und stärksten Stimmen für Frieden und Demokratie auf dem Planeten. Erst im vergangenen Jahr wurde UGTT – das tunesische Gewerkschaftszentrum – ein Teil des Friedensnobelpreises für seine Rolle in der Förderung von Demokratie im Zuge des tunesischen Frühlings verliehen. Es gibt noch viele weitere Gewerkschaften; deren Arbeit, die weltweite Förderung von sozialer Gerechtigkeit, ist nur möglicherweise nicht so gut zu erkennen, aber sie ist sicherlich ebenso wichtig. Bei UNI Global Union haben unsere Mitglieder eine Resolution während unseres letzten Weltkongresses verabschiedet; diese verlangt eine Massenvernichtungswaffen-freie Welt, eine Waffenhandelsverordnung und eine Reduzierung der Militärausgaben. Wir unterstützen die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) und haben eine langjährige Partnerschaft mit IPB. Bis heute sind wir die erste und einzige globale Vereinigung, die einen Weltkongress in Nagasaki (2010) organisiert hat, wo wir 2000 Gewerkschafter mobilisiert haben, die auf die Straße gezogen sind, um für eine atomwaffenfreie Welt zu demonstrieren.

Frieden und Demokratie waren immer zentrale Werte der Arbeiterbewegung. Aus dem Friedensprozess im Nahen Osten und dem Ende der Apartheid bis zu den Friedensabkommen in Nordirland, Nepal und Kolumbien wissen wir nur zu gut, dass ein echter Wandel oft durch Aktionen von arbeitenden Menschen kommen kann. Gewerkschaften hat es gegeben, um solche und viele andere Kämpfe zu unterstützen.

Die ILO selbst wurde als Teil des Versailler Vertrages gegründet, der den Ersten Weltkrieg beendete, mit der Überzeugung, dass ein dauerhafter Weltfrieden nur erreicht werden kann, wenn er wirklich auf sozialer Gerechtigkeit basiert. Und dies unterstreicht die Arbeit, die wir bei UNI Global Union tun. Wir nennen es die „Wirtschaft des Friedens“. Wir sehen das heutige Level an Einkommensungleichheit als eine Bedrohung für den Frieden. Die Geschichte lehrt uns, dass, wenn Ungleichheit und wirtschaftliche Isolation ansteigen, folgt Konflikt. Das könnte ein Krieg sein, das

könnten Terrorakte sein und es könnte ein politischer Konflikt wie beispielsweise Brexit sein. Oder es könnte auch einfach die Menschen gegen ihre eigenen Nachbarn aufbringen. In Zeiten der Krise werden wir zum Äußersten getrieben, und deswegen werden wir Zeugen vom Anstieg spaltender und gefährlicher Figuren wie Donald Trump und seiner Politik, die Angst und Hass schüren.

Eine Welt ohne Krieg ist möglich; das ist die universelle Hoffnung

Wir sind sehr direkt, wenn es darum geht, Terrorakte zu verurteilen und Sicherheitsinteressen der Bevölkerung zu legitimieren. Sie hat das Recht, Schutz zu fordern, so dass sie in Frieden leben können; ebenso haben die Regierungen die Pflicht, diesen Schutz zu bieten. Dies stellt ein Dilemma für uns alle dar, die für Frieden eintreten. **Ist denn eine Welt ohne Krieg überhaupt möglich oder bleibt dieses nicht immer eine unerfüllbare Vision?**



Sharan Burrow, General-Sekretärin des weltweit größten Gewerkschaftszusammenschlusses, des ITUC

Sharan Burrow: Eine Welt ohne Krieg ist möglich, das ist die universelle Hoffnung der Mehrheit der Menschen auf der ganzen Welt. Dafür ist politischer Wille notwendig, um sicherzustellen, dass die Menschen demokratische Rechte und Freiheiten haben und dass der Reichtum geteilt wird – einschließlich der Garantie des Sozialschutzes und Mindestlöhnen, mit denen die Menschen mit Würde, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit leben können. Aber solange Korruption, Steuerhinterziehung und der Reichtum des Waffenhandels noch angefochten werden, wird sich Gier durchsetzen. **Philip Jennings:** Können wir in Frieden miteinander leben? Ja. Wir müssen daran glauben, dass es möglich ist. Die Menschheit hat bewiesen, dass sie die Fähigkeit hat, in Frieden zu leben, Würde im Frieden zu finden, vergangenen Hass zu begraben und auch zu vergeben. 70 Jahre ist es her, seitdem Winston Churchill seine Rede in Zürich hielt. Hier machte er den Aufruf zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa, dabei unterstrich er die Notwendigkeit eines „gesegneten Akts des Vergessens“ bzw. der Vergebung. Churchill sagte: „Wir müssen den Schrecken der Vergangenheit den Rücken kehren. Wir müssen in die Zukunft blicken. Wir können uns nicht erlauben, über die vor uns liegenden Jahre einfach so hinwegzuziehen, der Kampf des Augenblicks ist. Der Handel mit Waffen erzeugt massiven Reichtum für diejenigen Nationen, die sich gegen Diktatur und für Demokratie und Frieden bekannt haben. Politische Führer haben Angst, sich ihren eigenen Militär- und Konzerngiganten entgegenzustellen, welche die Waffenproduktion dominieren.“

Philip Jennings: Für mich persönlich ist das klar: Die Welt ist sicherer mit weniger Atomwaffen. Vor allem, wenn die Sym-

2014 waren die 1.755 Milliarden US-Dollar der weltweiten Militärausgaben fast 13-mal höher als das, was die reichen Länder für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe ausgegeben haben (137 Milliarden US-Dollar).

sich durch jeden Aspekt der Gesellschaft. Es sind die Ärmsten, die den Preis für die Fehler der Reichen in Bezug auf Klimawandel, moderne Sklaverei und Sparpolitik bezahlen. Durch die Gewährung eines existenzsichernden Lohnes oder Sozialschutzes, der Menschenrechte und eines Stimmrechts, für alle –, mit anderen Worten durch die Ausgleichung der Welt – können wir uns auf eine friedlichere Welt zubewegen. Waffenausgaben zu begrenzen, kann ein wichtiger Teil dieses Prozesses sein. Eine starke Gewerkschaftsbewegung ist dabei von wesentlicher Bedeutung.

Ein zentraler Punkt des Kongresses und vielfältiger öffentlicher Kritik sind die überdimensionalen weltweiten Rüstungsausgaben. Für euch auch?

Sharan Burrow: Nukleare Abrüstung ist rational für universelle Sicherheit. Aber jenseits von Atomwaffen ist der Waffenhandel mittlerweile so ausgebreitet und so lukrativ, dass das der Kampf des Augenblicks ist. Der Handel mit Waffen erzeugt massiven Reichtum für diejenigen Nationen, die sich gegen Diktatur und für Demokratie und Frieden bekannt haben. Politische Führer haben Angst, sich ihren eigenen Militär- und Konzerngiganten entgegenzustellen, welche die Waffenproduktion dominieren.

Philip Jennings: Für mich persönlich ist das klar: Die Welt ist sicherer mit weniger Atomwaffen. Vor allem, wenn die Sym-

pathisanten von Donald Trump Leute sind, die die Start-Knöpfe halten. Außerdem könnte das Geld viel besser ausgegeben werden: für die Verringerung des Klimawandels, für öffentlichen Dienstleistungen, soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit – nur um ein paar Beispiele zu nennen. Wir brauchen dringend Verhandlungen über das Verbot, für den Einsatz, die Herstellung, die Lagerung und den Besitz von Atomwaffen – als ersten Schritt in die Richtung einer vollständigen Beseitigung. Der jüngste Deal mit dem Iran zeigt die Macht von Verhandlungen wie auch den Erfolg: Mehr als 100 Staaten haben die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen unterzeichnet. Ein Wandel ist möglich, und dieser sollte die Diskussionen auf dem IPB-Kongress lenken.

Die 100 Milliarden US-Dollar, welche die reichen Staaten versprochen für die Bekämpfung des Klimawandels und die Adaption an diesen versprochen haben, könnten aus 8,3 Prozent der Militärausgaben des Jahres 2015 der einkommensstarken Ländern finanziert werden.

Gefährdet denn Abrüstung, und ich will in der Frage ergänzen Rüstungsexport, nicht Arbeitsplätze, deren Sicherheit doch Kernelement des Selbstverständnisses der Gewerkschaften sind?

Sharan Burrow: Abrüstung ist wichtiger denn je. Der massive Waffenhandel und die an den Handel gebundenen öffentlichen Gelder bedrohen sowohl den Frieden als auch Investitionen in Sozialschutz oder in Arbeitsplätze woanders in der Wirtschaft. Es ist wahr, dass es

viele Arbeitsplätze in der Waffenherstellung, im -handel und bei -dienstleistern gibt. Aber wie jede politische Entscheidung birgt dies die Gefahr, sich nicht mit dem Problem als solchem zu befassen und auch nicht mit den Konsequenzen für ArbeitnehmerInnen und Gemeinschaften. Gewerkschaften werden konfrontiert mit dem Ausfall von politischen Investitionen oder Desinvestitionen, mit Veränderungen der globalen Nachfrage und den täglichen Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen. Unsere zentralen Forderungen ist ein sozialer Dialog und ein konsequentes Engagement für nationale und industrielle Pläne, um diese Verlagerungen zu bewältigen. **Philip Jennings:** Natürlich gibt es Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie und uns fehlt Glaubwürdigkeit – es sei denn, wir können eine alternative Perspektive aufzeigen, wie man den Wandel von der einen zur anderen Industrie schafft; dabei müssen wir den arbeitenden Menschen einen gerechten Übergang bieten. Jobs würden verloren gehen, wenn sich die Regierungen tatsächlich zu einem weitverbreiteten Entwaffnungsprogramm verpflichteten, aber die Jobs können an anderer Stelle neu geschaffen werden, wenn wir diese Mittel neuen Themen in unserer sich wandelnden Wirtschaft zuordnen. Klimawandel bedeutet, dass wir unsere ganzen Volkswirtschaften mit grüner Technologie wieder herstellen müssen – dies könnte Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ähnlich wie mit der zunehmenden Automatisierung des Arbeitsplatzes müssen wir verstehen, wie wir Arbeitern helfen können, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, wie die schlimmsten Auswirkungen zu entschärfen sind und wie wir einen fairen und gerechten

Übergang zu neuen Arbeitsformen zur Verfügung stellen können.

Gibt es dazu kontroverse Diskussionen und Ansichten in eurer ja vielfältig und international verankerten Gewerkschaft und wie geht ihr mit den Widersprüchen um? **Sharan Burrow:** Es gibt immer Streit, wenn Menschen um ihre Arbeitsplätze, um ihr Einkommen und um die Sicherheit ihrer Familien Angst haben. Dies ist eine Realität der sich ändernden wirtschaftlichen Situation, eine Realität, die uns dazu zwingt, zu überlegen, wie Energieverschiebung, Klimamaßnahmen sowie zunehmende Robotik und Digitalisierung zu managen sind. Dies ist auch ein Argument für Investitionen in neue Arbeitsplätze und Industrien, für Investitionen in die Entwicklung und Fähigkeiten der Gemeinschaft und in die Umgruppierung der Arbeitskräfte. Es ist jedoch kein Argument, die Produktion und den Handel beizubehalten, die schädlich sind für die Menschheit.

ITUC hat sich dazu verpflichtet, moderne Sklaverei zu beseitigen

Philip Jennings: Gewerkschaften sind demokratische Institutionen. Wir sind laut, wir sind die Stimme der Demokratie und des Engagements. Vielleicht stimmen Sie nicht immer mit uns überein, aber unterschätzen Sie nicht unsere Leidenschaft für den Frieden – die liegt in unserer DNA. Wir haben uns starken Werten verpflichtet und jeder hat die Möglichkeit, sein eigenes Zeichen zu setzen. Am Ende bestimmt die Mehr-



Philip Jennings, Generalsekretär von ver.di internationale, dem internationalen Gewerkschaftszusammenschluss, UNI Global Union

heit und wir stehen zu den Entscheidungen, die wir als Ganzes treffen. Dies sind leidenschaftliche Angelegenheiten, wenn wir über die Existenzgrundlage der

Ein Bericht der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation aus 2015 schätzt, dass zusätzlich 265 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Sozialtransfers und für Investitionen für die Armen-Infrastruktur ausreichen würden, um extreme Armut und Hunger bis 2030 zu beseitigen – das ist weniger als ein Sechstel der weltweiten Militärausgaben im Jahr 2015 (1676 Milliarden US-Dollar).

Menschen und die Sicherheit ihrer Familien sprechen. **Wie beteiligt ihr euch an dem internationalen Kongress? Was will ITUC/UNI einbringen?**

Sharan Burrow: ITUC wird seinen eigenen Freiheitsgipfel vor der Eröffnung der IPB-Konferenz halten. Es werden Überlegungen der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien vorgetragen, die Bürgerkriegen, Diktaturen, Unterdrückungen und Inhaftierungen in ihren eigenen Ländern ausgesetzt waren. ITUC und UNI engagieren sich gemeinsamen für eine konfliktfreie Welt. Wir glauben, dass diese Konferenz zu einem entscheidenden Zeitpunkt kommt. Demokratische Rechte und Freiheiten können nicht mitten in einem Konflikt und zu Zeiten der Unterdrückung realisiert werden.

Philip Jennings: UNI Global Union wird an Sitzungen teilnehmen. Wir nutzen unsere globale Reichweite – 20 Millionen Mitglieder in 150 Ländern weltweit –, um die IPB-Botschaften über Frieden und Abrüstung zu verbreiten. Zusammen mit unseren Partnern von ITUC teilen wir die Vision einer Welt ohne Angst.

Teilnahme an einem internationalen Kongress ist sicher erstrebens- und begrüßenswert. Wie aber sieht euer langfristiges – oder modern formuliert – nachhaltiges Friedensmanagement? Salopp formuliert, ist nach dem Kongress vor dem Kongress oder vor der gemeinsamen Friedensdemonstration?

Sharan Burrow: Frieden, Demokratie und Rechte – Freiheit – sind für uns Werte der Verfassung. Frieden ist eine Voraus-

setzung, um unsere ehrgeizigen Ziele – Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit – als GewerkschafterInnen zu verwirklichen. ITUC hat sich dazu verpflichtet, moderne Sklaverei zu beseitigen, Unternehmenshabsucht in Lieferketten zu beenden und Menschen- und Arbeitnehmerrechte zu erreichen – das Recht auf menschenwürdige Arbeit überall, das Recht auf Klimagerechtigkeit, das Recht auf Zuflucht sowie und Flüchtlinge und das Recht auf Gleichstellung. Nichts davon ist möglich, wenn Konflikte und Gewalt dominieren. Folglich ist Frieden für unsere Werte und unsere Bestrebungen von zentraler Bedeutung.

Zuletzt eine persönliche Frage: Ihr werdet ja an zentraler Stelle auf dem Kongress reden. Was sind Eure auch ganz persönlichen Erwartungen?

Sharan Burrow: Ich gehe davon aus, dass die IPB-Konferenz neue Stimmen und Meinungen sowie Entschlossenheit für Frieden und Abrüstung hervorbringen wird. Politisches Handeln wird nur verstärkt, wenn der Anruf der Menschen zu laut ist, um von unseren Regierungen überhört zu werden. Ebenso werden durch die Beteiligung der Gewerkschaften an der IPB-Konferenz Debatten in unseren eigenen Reihen wieder aufleben, die den laufenden Fokus unserer Arbeit, aber auch die Zusammenarbeit mit anderen gewährleisten. Ich danke IPB für die Übernahme der Leitung.

Einige gute Nachrichten: 2013 gaben die Regierungen weltweit 5,9 Prozent des BIPs für das Gesundheitswesen aus, mehr als zweieinhalb Mal so viel wie für Militärausgaben.

Dr. Sam Perlo-Freeman, Leiter des SIPRI Abrüstungsprojekts im Waffen- und Militärausgaben-Programm
Quelle: The opportunity cost of world military spending (<http://bit.ly/2caL1lw>)

Philip Jennings: Ich rechne mit einer lebhaften Debatte. Diese Konferenz kommt zu einem sehr wichtigen Zeitpunkt in der Geschichte. Ich habe das Gefühl, dass die Welt an einem Wendepunkt steht – wir können entweder Zusammengehörigkeit wählen oder aber Spaltung. Wir werden geleitet von Gefühlen wie Gerechtigkeit und Menschlichkeit sowie durch den Wunsch, dauerhaften Frieden in der Welt zu sichern.

Die Revolution wird kommen

Momentaufnahme Jean Ziegler im Gespräch mit Diether Dehm, MdB, Vorstand der Europäischen Linken

■ Hester Samoray

Jean Ziegler gilt als einer der bekanntesten Globalisierungskritiker. Wegen massiver Kritik an westlicher Politik, Wirtschaft und Finanzwesen wurde er in fünf Ländern verklagt. „Diese Prozesse waren Momente des Kampfes, und dieser Kampf wird fortgeführt“, sagt Ziegler heute. Eine ganze Reihe derer, die ihn angeklagt hatten, Bankiers und milliarden schwere Wirtschaftsanwälte, wurde nun wegen Betrugs selbst verurteilt.

Eine Begegnung prägte Jean Ziegler besonders: Auf der Weltzuckerrohrkonferenz von 1964 traf er auf Che Guevara. Begeistert von der Idee der Revolution, sagte er eines Abends zu Che: „Commandante, ich will mit euch gehen.“ Che ging zum Fenster des Hotelzimmers und blickte über die Dächer

von Genf. Dort leuchteten Juweliere, Banken und Versicherungskonzerne: „Siehst du die Stadt? Da bist du geboren, da ist das Gehirn des Monsters, da musst du kämpfen.“ Heute ist Jean Ziegler Vizepräsident im Beratenden Ausschuss des UN-Menschenrechtsrats.

Über Ches Rede auf der Weltzuckerrohrkonferenz sagt Ziegler: „Es war unglaublich bewegend, wie er über diesen Raubtierkapitalismus sprach, das hat auch heute noch totale Aktualität.“ Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind – und das auf einem Planeten, auf dem zum ersten Mal in der Geschichte der objektive Mangel überwunden ist, unser Planet wird mit Nahrung überflutet. Das Problem ist aber der Zugang zu Nahrung. „Jedes Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.“ Auch habe es noch nie so viele Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge gegeben, es

gibt 32 fürchterliche Kriege, die die Welt verwüsten. Die effektive Gerechtigkeit ist also regressiv. Aber: Das Bewusstsein der Menschen, Gerechtigkeit einzufordern, steigt. Dazu gibt Ziegler zwei Beispiele: Im 4. Jahrhundert gab es die Theorie, Sklaverei zu legitimieren, weil sonst alle Menschen verhungert wären. Heute gibt es zwar immer noch Sklaverei, doch kein Mensch würde es wagen, diesen Zustand als legitim darzustellen. Im 18. Jahrhundert wurde – besonders in Kolonialherrschaftskreisen – das Hungersterben als Schutz vor Überbevölkerung verteidigt. Heute würden selbst die schlimmsten Reaktionäre es nicht wagen, diese Theorie zu vertreten. Das zeige einen messbaren Fortschritt des Kollektibewusstseins.

Unser Identitätsbewusstsein, das heißt das Bewusstsein, uns mit anderen Schicksalen zu identifizieren, wurde von neoliberalen Wahnideen – verbreitet von Schulen, Regierungssprechern und Medien – entfremdet. Nun brauche es den Kampf der Intellektuellen, die dieses Bewusstsein befreien. Und dann passiert das, was am 14. Juli 1789 in Paris geschehen ist. Dann beginnt die Revolution, der radikale Bruch mit der oligarchisch beherrschten, kannibalschen Weltordnung. Das gab es schon einmal in der Geschichte,

und das wird es wieder geben. Auf diesen Moment steuern wir immer weiter zu, je mehr Elend, Herrschaft und Ungleichheit es gibt. Doch wann der Moment kommt, an dem diese Weltordnung zerspringt, das sei das Mysterium der Geschichte, sagt Jean Ziegler.

Das Interview kann in voller Länge als Video gesehen werden auf: www.weltnetz.tv



ILLU: (C) 2015 ALL-FREE-DOWNLOAD

ANZEIGEN

KRIEGSSPUREN

Ökumenische Friedensdekade
6. bis 16. November 2016
www.friedensdekade.de

Bestellen Sie das Material zum Jahresmotto!

Alle Materialien und weitere Informationen finden Sie auf www.friedensdekade.de

Dokumentation der öffentlichen Tagung vom 2.2.15 in Berlin

Mit Beiträgen von:

- Prof. Jürgen Scheffran (Uni Hamburg, NatWiss)
- Ute Bernhardt und Ingo Ruhmann (FIF)
- Roland Reimers (NatWiss)

Bestellung:
geschaefsfuehrung@natwiss.de
www.natwiss.de

Vernetzter Krieg

Comandante

nimm mich mit!

Jean Ziegler
über Che, Fidel,
über damals
und heute

Exklusiv auf: **WELTNETZ TV**

Wir brauchen Deine UNTERSTÜTZUNG!

Ein Abo, eine Mitgliedschaft im Förderverein und auch jeder einzelne Euro helfen, unser Programm weiterhin zu senden! Spenden hilft bei der Aufklärung!

<https://weltnetz.tv/foerdern>

Propaganda

■ Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz

Wissen Sie noch, wie das in den Hochzeiten des Kalten Krieges war? Der böse Russe lauerte überall, während der gute Westen seine Werte verteidigte. „Gut“ und „böse“ waren sauber verteilt. Orientierung kein Problem.

Ein Vierteljahrhundert später wurden die Dinge dann kompliziert: Entspannungspolitik, Abrüstung, Gorbatschows Perestroika, die deutsche Vereinigung, das Ende der Ost-West-Konfrontation. Eine Riesenchance, gemeinsam statt gegeneinander über die Gestaltung der Zukunft nachzudenken, unterschiedliche Erfahrungen in die Waagschale zu werfen und zu überlegen, wie man Völkerverständigung – immerhin eines der erklärten Ziele deutscher Außenpolitik – konkret umsetzen kann: Jeder soll sich sicher fühlen, allen soll es besser gehen und strittige globale Fragen werden auf der Grundlage des entstandenen Vertrauens zwischen Ost und West behandelt. Was für eine Chance!

Genau zu dieser Zeit habe ich in Moskau gelebt. Wie groß waren die Hoffnungen, wie stark die Begeisterung und wie stabil die Motivation, gemeinsam an einer besseren Welt zu bauen.

Wieder ein Vierteljahrhundert später ist nichts mehr davon übrig geblieben. Warum? Wer oder was hat die Chancen vertan? Aus dem Partner Russland ist ein strategischer Partner geworden – mit anderen Worten, jemand, auf den man notgedrungen nicht verzichten kann, aber mit dem man lieber nichts zu tun hätte – und die NATO, die sich Ende der 80er Jahre bedauerlicherweise nicht aufgelöst oder wenigstens umgestaltet hat, sieht in Russland in ihrem neuesten Papier gar eine Bedrohung.

Informationen als Waffe

Mit der Wahrheit ist das so eine Sache. Der britische Philosoph John Stuart Mill fasste das Dilemma Ende des 19. Jahrhunderts in folgendem Satz zusammen: „Da keiner die Wahrheit besitzt, ist es gut um die Wahrheit zu streiten.“ Demokratische westliche Gesellschaften rühmen sich, genau das tun zu können und auch zu tun. Unsere Verfassung garantiert uns Presse- und Meinungsfreiheit (... dennoch sehen manche Arbeitsverträge verpflichtende Einschränkungen vor). Pluralismus gilt als Wert. Warum wird dann ohne genauere Prüfung alles, was nicht in die Mainstreamargumentation passt, mit dem Etikett Propaganda versehen? Weil man sich dann nicht inhaltlich damit auseinandersetzen muss? Sobald jemand westlichen Mediennutzern Vorgänge aus russischer Perspektive schildert, gerät er in den Verdacht, „im Auftrag“ zu handeln oder bestenfalls ein nützlicher Idiot einer Propagandamaschinerie zu sein, die er in seiner Naivität nicht durchschaut. Informationskrieg, hybride Kriegsführung und

Einblicke Der Schleier der Wahrheit ist in Zeiten wiederbelebter Feindbildkonstruktionen schwer zu lüften.

Ein Kommentar von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz

ähnliche martialische Begriffe bestimmen den Diskurs statt einer ernsthaften Auseinandersetzung um Inhalte.

Die Frage nach der Wahrheit treibt jeden Journalisten um. Meines Erachtens kommt man der Wahrheit am nächsten, wenn man erstens die Aussage von John Stuart Mill akzeptiert, dass niemand die Wahrheit besitzt, und wenn man zweitens versucht, Interessen auf den Grund zu gehen. Wem nützt das, was da passiert? Warum wird diese Information gerade jetzt verbreitet? Und es gilt noch einen Punkt zu beachten: sich und andere dafür zu sensibilisieren, nicht mit zweierlei Maß zu messen. Ob das absichtsvoll oder gedankenlos geschieht, macht für die Wirkung keinen Unterschied.

Natürlich gibt es Propaganda! Natürlich können gezielt gestreute Informationen als Waffe dienen. Natürlich funktioniert es, latent vorhandene Feindbilder zu beleben. Aber doch nicht nur von russischer Seite.

Heutzutage spricht man von Narrativ und meint die Strukturierung und Interpretierung von Ereignissen nach bestimmten Mustern. „Die russische Annexion der Krim hat die europäische Friedensordnung ins Wanken gebracht.“ So ist immer wieder zu hören und zu lesen. Das westliche Narrativ eben. Abgesehen von der legitimen Frage, welche Rolle der Krieg in Jugoslawien und die Bombardierung Serbiens 1999 bei der Erhaltung oder Beschädigung der europäischen Friedensordnung gespielt hat, ist die Sache mit der Krim nicht so eindeutig, wie es scheint. Aber „die völkerrechtswidrige Annexion der Krim“ ist zur Standard-

Wen interessiert heute noch, dass Russland sehr wohl auf die heikle Situation der Krim hingewiesen hat

formel geworden, die in keiner offiziellen Rede fehlen darf. Wenn doch, droht das politische und mediale Abseits. Alle Entscheidungen und Entwicklungen, die der Abspaltung der Krim vorangegangen waren, werden konsequent ausgeblendet. Wer spricht heute noch von dem unwürdigen Gezerre um die Ukraine im Vorfeld des EU-Assoziierungsabkommens? Wen interessiert heute noch, dass Russland im Vorfeld sehr wohl auf die heikle Situation der Krim hingewiesen hat, die sich wegen der dortigen Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte zwangsläufig abzeichnete? Da sei es sinnvoll, sich über einen speziellen Status der Halbinsel zu verständigen, hieß es. Aber der Gedanke, der vereinzelt auch in westlichen Kreisen geäußert wurde, Brüssel, Kiew und Moskau darüber ins Gespräch zu bringen, wurde von den Entscheidungsträgern als absurd vom Tisch gefegt; mit der Ignoranz (oder Arroganz?) Bemerkung: Was hat Russland damit zu tun?

Eine Auseinandersetzung darüber, wie die Vorgänge auf der Krim völkerrechtlich

zu behandeln und damit letztlich auch politisch zu beurteilen sind, findet nicht statt. Wer die vollzogene Sezession der Krim Schritt für Schritt erklärt, ohne den Kampfbegriff Annexion zu verwenden, ist im besten Fall der Propaganda Moskaus auf den Leim gegangen.

Mediennutzer sind in ihrer Mehrheit keine auf Völkerrecht spezialisierten Juristen, aber sie haben ein Anrecht darauf, dass ihnen die Zusammenhänge so einfach wie möglich erklärt werden, damit sie politische Entscheidungen bewerten können. Anders macht Demokratie keinen Sinn.

Komplizierte Angelegenheit

Auf dieser Basis kann man darüber streiten, ob es sich um eine „gewaltsame räuberische Landnahme“ handelt – so lässt sich Annexion definieren – oder vielleicht doch um eine höchst komplizierte Angelegenheit, die zu allem Überfluss dem Willen der Mehrheit auf der Krim entsprach. Denn das räumen ja sogar diejenigen ein, die auf dem Begriff Annexion bestehen. Dazu könnte einem der im Völkerrecht verankerte Begriff „Selbstbestimmungsrecht“ einfallen. Also viel Stoff für Diskussion.

Wie soll es weitergehen? „Lasst uns die Probleme in Angriff nehmen, die uns lösbar erscheinen und andere mit gleicher Ernsthaftigkeit angehen, bei denen die Lösung möglicherweise unseren Kindern überlassen bleibt.“ So hat vor ein paar Tagen Rüdiger Freiherr von Fritsch, Deutscher Botschafter in Moskau, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zitiert. Was ist falsch daran? Zu guten deutsch-russischen Beziehungen – so der Botschafter weiter – gibt es keine Alternative. Diese guten Beziehungen müssen wir uns mühsam neu erarbeiten.

Und dazu gehört, Befindlichkeiten des jeweils anderen ernst zu nehmen und sich mit russischen Sichtweisen intensiv zu beschäftigen, bevor man sie mit dem Etikett Propaganda versieht.

Dank an Prof. Krone-Schmalz und russland-kontrovers.de für die Abdruckgenehmigung für diesen Artikel



Gabriele Krone-Schmalz ist Professorin für TV und Journalistik an der Hochschule Iserlohn. Sie war von 1987–1991 Russland-Korrespondentin der ARD und moderierte anschließend bis 1997 den ARD-„Kulturweltspiegel“. Sie ist Mitglied im Petersburger Dialog und als eine der führenden Russland-Experten Deutschlands regelmäßig im Fernsehen zu sehen. Weitere Autoreninformationen finden Sie auf krone-schmalz.de

Das Aufblühen der Atomwaffenindustrie

Gewaltig Mit der Modernisierung der Atomwaffen werden Milliarden verdient und ein neuer Rüstungswettlauf entfacht. Eine Abschaffung ist dringender denn je

■ **Arielle Denis**

Es ist nun 71 Jahre her, dass Atombomben Hiroshima und Nagasaki zerstört haben. Während die Mehrheit der Staaten Verhandlungen über ein Abkommen zur Abschaffung von Atomwaffen beginnen möchte, entwickeln die neun Atomwaffenstaaten blindlings neue Atomwaffenprogramme, die sehr wohl „eine neue Eskalation des Wetttrübens entfachen könnten“, sagte Präsident Obama letzten April. Mit einem Ein-Billion-Dollar-Plan für die nächsten 30 Jahre, führen die USA diesen Trend an. Doch Russland, China und die anderen verfolgen genau die gleiche Linie. Diese Programme kosten uns etwas und stehen ganz im Gegensatz zu dem, was die Welt wirklich braucht, und zwar eine nachhaltige und irreversible Umsetzung der 2030 UN Agenda für Nachhaltige Entwicklung (2030-UN-Agenda for Sustainable Development). Und es würde uns alle noch viel mehr kosten, wenn die Atomwaffen jemals in Gebrauch kämen.

Hypersonische Waffen, automatisierte Drohnen und Tarnkappen-Cruise-Missiles mit mehreren Sprengköpfen – die blühende Atomwaffenindustrie entwickelt immer weiter neue Systeme. Im Jahr 2016 wird das globale Nukleararsenal auf 15.395 Atomwaffen geschätzt, 4.000 davon könnten sogar in wenigen Minuten gestartet werden.

Obwohl Präsident Obama sein Amt mit einem historischen Engagement begann, und zwar eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen, plant die heuti-

ge US-Administration eine ganz neue Atomwaffengeneration, so auch die Entwicklung von Atomwaffenanlagen. Für den Zeitraum von 2015 bis 2024 wird das Atomwaffenbudget von 348 Milliarden Dollar auf eine Billion Dollar erhöht. Dies hat auch Auswirkungen auf die 180 in Europa stationierten Atomwaffen der USA, inklusive einer neuen Generation der B 61. Vor Kurzem hat der Versuch eines Militärputsches in der Türkei gezeigt, wie gefährlich die weitere Existenz von Atomwaffen in einer sich stetig verändernden Welt ist. Was wäre, wenn der Putsch funktioniert hätte und das türkische Militär sich entschieden hätte, die Waffen zu nutzen?

Zu gefährlich und zu teuer

Als Nächstes muss Russland erwähnt werden. Das Land ist dabei, alle seine Systeme bis 2024 zu erneuern. Doch obwohl die wirtschaftliche Situation die massiv geplante Aufstockung des Militärbudgets gedrosselt hat, liegt das Budget für 2016 bei rund 70 Milliarden Dollar – ein Anstieg von 0,8 Prozent gegenüber 2015. China hat ebenfalls ein langfristiges Modernisierungsprogramm in Angriff genommen, obwohl es vor Kurzem sein Engagement für eine „No-First-Use-Politik“ bekräftigte. China bemüht sich um eine „qualitative Verbesserung“; die Militärausgaben stiegen von 7 auf 8 Prozent und reichen bis zu 135,39 Milliarden Dollar.

In Großbritannien ist die Debatte über den Ersatz der Trident-Systeme angeheizt. Obwohl Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Briten gegen eine Atomwaffener-

neuerung ist, stimmte das Parlament am 18. Juli dafür. Großbritannien nimmt somit mit einem Beitrag von 270 Milliarden Dollar daran teil. Doch in Schottland hat der Brexit einen neuen Impuls eingeleitet, die britischen Nuklearanlagen rauszuwerfen. Wie werden die Schotten und die Briten nun weitermachen?

In Frankreich wiederum ist die Modernisierung bereits in vollem Gang. Die ganze U-Boot-Flotte der Triumphant Klasse wird mit neuen ballistischen Raketen erneuert. Das sollte 2019 abgeschlossen sein. Bis 2020 soll das aktuelle Jahresbudget von 4 Milliarden Dollar auf das Doppelte ansteigen.

„Heute ist die Gefahr einer nuklearen Katastrophe größer, als sie während des Kalten Krieges war, und die meisten Menschen sind völlig ahnungslos“, sagte kürzlich William J. Perry, ehemaliger Sekretär des US-Verteidigungsministeriums. Um dieses Spiel zu ändern, ist es nun äußerst wichtig, die Augen vor dieser Herausforderung zu öffnen. Die neun Atomwaffenbesitzer versuchen, die mittlerweile sechsjährige Bewegung für ein Atomwaffenverbot durch die „Humanitäre Initiative“ zu überschatten. Die Mehrheit der Staaten hat sich nun aber darauf geeinigt, Massenvernichtungswaffen allgemein zu verbieten – unter internationalem Recht gibt es dieses Verbot noch nicht ausdrücklich. Die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen fordern ein klares Mandat, um bei der nächsten Sitzung der UN-Generalversammlung im Oktober 2016 diesbezügliche Verhandlungen zu beginnen. Das könnte drastisch das gesamte Paradigma der Atomwaffen ändern.



Arielle Denis, Antiatomwaffenaktivistin, langjährige Mitarbeiterin von ICAN, einer zentralen Organisation im Ringen um eine atomwaffenfreie Welt

FOTO: DARNELLYFX/ISTOCK

ANZEIGEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG AKTUELLE PUBLIKATION



Erhard Crome (Hrsg.)

FRIEDENSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

Anforderungen an eine
«kritische Friedensforschung»
Materialien Nr. 18

Download unter:
www.rosalux.de/publication/42529

Die in diesem Band versammelten Texte zur kritischen Friedensforschung sind Ergebnis einer mehrjährigen Arbeit, Diskussion und auch von Auseinandersetzungen. Die Bildung der Partei DIE LINKE und die Diskussion ihrer programmatischen Grundlagen haben sie als Partei des Friedens in das politische System Deutschlands eingefügt.

Bestellung unter
Tel. 030 44310-123
oder bestellung@rosalux.de

DIE WAFFEN NIEDER!

Kooperation statt NATO-Konfrontation
Abrüstung statt Sozialabbau

Demo in Berlin
8. Oktober 2016

Auftakt: 12 Uhr
Alexanderplatz, Ecke Otto-Braun-Straße

www.friedensdemo.org

Hin zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit

Alternativlos Der historische Übergang von Gewalt zu Vernunft hängt von gesellschaftlichen Kräftekonstellationen und nicht zuletzt dem politischen Willen der Entscheidungsträger und Eliten ab

■ Federico Mayor Zaragoza

Von Anbeginn der Zeit haben politische Führer das perverse Sprichwort „Si vis pacem para bellum“ befolgt (wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor). Am Ende des 2. Weltkriegs, in dem die abscheulichsten Methoden der Vernichtung verwendet wurden, entwickelte Präsident Roosevelt einen großartigen Plan für einen demokratischen Multilateralismus, die Gründung der Vereinten Nationen. Das UN-System hätte zweifellos in eine neue Ära geführt, wäre es möglich gewesen, die brillante Präambel der UN-Charta umzusetzen: „Wir, die Völker der UN – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren.“

Heute, konfrontiert mit dem „Point of no Return“, bieten diese drei Prinzipien – „Wir, die Völker“, Aufbau des Friedens und Berücksichtigung zukünftiger Generationen – die Lösung für aktuelle Herausforderungen: Durch die „Völker“, d.h. durch Demokratie; durch den Aufbau des Friedens, d.h. durch unsere täglichen Aktivitäten auf allen Ebenen; und durch die Einbeziehung der künftigen Generationen, da es eine unvorstellbare Verantwortungslosigkeit gegenüber unseren Nachkommen wäre, ihnen eine Welt zu hinterlassen, auf der die Bewohnbarkeit der Erde in Gefahr ist.

In den 1980ern, als alle Frieden verlangten, und zu Beginn des neuen Jahrhunderts und Jahrtausends einen „neuen Anfang“ kommen sahen, verhinderten die neoliberalen Auferlegungen seitens US-Präsident Ronald Reagan und Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher eine Verbesserung der Aussichten für

die Menschheit, die, gemäß der UNESCO-Verfassung, durch „demokratische Prinzipien“ und „intellektuelle und moralische Solidarität“ geleitet werden sollte.

In der Tat hatte ein südafrikanischer Gefangener Nelson Mandela nach 27 Jahren Haft, nach seiner Freilassung, seine Hand ausgestreckt, anstatt nach Rache zu streben. Und mit der Komplizenschaft von

Neoliberalismus hat nicht nur den Nationalstaat geschwächt, sondern auch die UN entfremdet

einem anderen großen Führer, Präsident Frederik de Klerk, erzielte Mandela das Ende der abscheulichsten Rassismusform, der Apartheid. In einer anderen, völlig unerwarteten Aktion erreichte der damalige Präsident der UdSSR Gorbatschow die Transformation der Sowjetunion in eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten.

Jedoch hat der Neoliberalismus nicht nur den Nationalstaat geschwächt, sondern auch die UN entfremdet und die Weltregierung in die Hände von 6, 7, 8... 20 Staaten gelegt. Die EU hörte auf, ein Modell für Menschenrechte und Menschenwürde zu sein, welches deutlich in der Charta der Grundrechte verankert ist, und ist stattdessen eine reine Währungsunion geworden,

nicht imstande, zu einer politischen und wirtschaftlichen Union heranzuwachsen. Das Ergebnis ist deutlich zu sehen: Die soziale Ungleichheit hat zugenommen, was wiederum eine Situation des unfairen Vorteils schafft, während extreme Armut kontinuierlich steigt; die Umwelt ist in einem andauernden Zustand der Zerstörung; und anstatt Entwicklungshilfe zu stärken, ist diese praktisch verschwunden, während Wellen von Migranten und Flüchtlingen weiter ankommen.

Es ist dringend notwendig, demokratischen Multilateralismus neu zu erfinden, und die UN mit der moralischen Autorität und Kraft auszustatten, die künftige Ausbreitung des Terrorismus zu verhindern und Entscheidungen für Invasionen und Konflikte, die auf bloße Vortäuschung und Lügen gestützt sind, wie im Fall Irak 2003, abzuwenden. Präsident Obama, Papst Franziskus und der ehemalige Präsident Michail Gorbatschow haben in einer aktuellen und mutigen Erklärung (<http://bit.ly/2crudbi>) betont, dass die heutige Generation die erste sein wird, die diesen Herausforderungen gegenübersteht... und sie wird zweifellos die letzte sein, der es möglich ist, sie zu lösen.

Es ist notwendig, den Wechsel von einer Wirtschaft, basierend auf Spekulation, zu einer wissensbasierten Wirtschaft globaler Nachhaltigkeit und menschlicher Entwicklung voranzutreiben. Anstelle von „Si vis pacem para bellum“ „Si vis pacem para verbum“!

Dank der digitalen Technologie wird den Menschen immer bewusster, was auf der Welt geschieht; sie können sich frei äußern und vor allem Frauen (nach Nelson Mandela die „Eckpfeiler“ der neuen Ära) werden zunehmend an Entschei-

dungsprozessen beteiligt. Die Prioritäten der UN können umgesetzt, die globalen Herausforderungen gelöst werden.

Um effektiv die „Millennium Development Goals“ und die Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015 umzusetzen, ist es notwendig, den Vorschlag „Abrüstung für Entwicklung“ des IPB, zu unterstützen. 20–25 Prozent der derzeitigen Investitionen in Waffen und Militärausgaben reichen aus, um die oben genannten unverzichtbaren Prioritäten der UN anzugehen und in wenigen Jahren eine neue Ära einzuläuten. Wir werden uns daran erinnern, was Präsident John F. Kennedy am 23. 07. 1963 an der International University in Washington sagte: „Frieden ist möglich. Abrüstung ist möglich. Es gibt keine Herausforderung jenseits der Reichweite der kreativen Fähigkeiten der menschlichen Spezies.“

Die Zukunft muss noch geschrieben werden. Wir werden den Wechsel von der Gewalt zum Dialog zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, zur Mediation, Schlichtung und Versöhnung erreichen.



Federico Mayor Zaragoza war der Generalsekretär der UNESCO, der in seiner Amtszeit die große Kampagne „Culture for peace“ entwickelte und umsetzte

ANZEIGE



Für Großes braucht es viele.

Wir heißen jeden Menschen, der sich gemeinsam mit uns für eine gerechtere und friedlichere Weltgemeinschaft engagieren möchte, herzlich willkommen.

Werden Sie Mitglied >> www.paxchristi.de oder unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende.

Pax-Bank eG
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODED1PAX



Frieden, Abrüstung und die SDGs

Ausweg Nachhaltigkeit und Frieden sind zwei Seiten einer Medaille. Effizienz und Produktivität, grade beim Ressourcenverbrauch, müssen gefördert und verbessert werden für ein besseres Leben aller Menschen

■ Ernst Ulrich von Weizsäcker

Frieden ist das Wichtigste. 1945 wusste das jeder. Auch während der friedensgefährdeten Zeit des Kalten Krieges. Ohne dieses breite Bewusstsein wäre der Kalte Krieg vermutlich zum Weltenbrand ausgeartet. Nach 1990 waren wir alle erst mal unendlich erleichtert: Der Kalte Krieg ist zu Ende. Die Militärbudgets können drastisch gekürzt werden. Hunderte Milliarden an „Friedensdividenden“ wurden erwartet. Mit denen sollte auch die „Agenda 21“ für nachhaltige Entwicklung finanziert werden, die beim Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 beschlossen wurde.

Doch das Ende des Kalten Krieges hatte zwei unerwartete Folgen: Erstens verwandelte sich die bis dahin vorherrschende soziale Marktwirtschaft in einen gnadenlosen Finanzkapitalismus. Die soziale Komponente war ja aus Sicht des Kapitals politisch nicht mehr nötig. Sie hatte sich ja bloß im Kalten Krieg durchgesetzt als Antwort auf den Kommunismus, um dessen böse Behauptung zu entkräften, in der Marktwirtschaft würden die Armen immer ärmer. Nun konnte „das Kapital“, konnten die Investoren den Staaten Vorgaben machen, wie viel Sozialstaat, wie viel Steuerlast allenfalls tolerierbar wäre, um die Kapitalrendite nicht zu gefährden. Ein internationales Abwärtskarussell setzte ein bei Steuern auf Unternehmen, Vermögen und Spitzenverdiener. Und die Armen wurden immer ärmer, außer in China und Teilen Indiens.

Zweitens löste sich langsam das Be-

wusstsein in Luft auf, dass Frieden das Wichtigste ist. Regionalkonflikte flammten auf. In ehemaligen Jugoslawien, in der ehemaligen Sowjetunion. Und dann vor allem die unterschiedlichsten Konflikte in islamisch geprägten Ländern und Regionen der Welt.

Von Friedensdividenden redet niemand mehr. Die Hass-Sprache dringt weltweit vor und bedient sich des Mittels der „sozialen Medien“ (idiotischer Begriff!). Der „Islamische Staat“ verrät auf mörderische Weise sämtliche ethischen Grundsätze seiner eigenen Religion. In den USA fragt der republikanische Präsidentschaftskandidat in einer Beraterrunde: Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir die eigentlich nicht ein? Und die Atomwaffenarsenale der Welt werden mit riesigem technischem Aufwand „modernisiert“.

Frieden und Abrüstung

Bei den Vereinten Nationen hat man sich in der Tradition von Rio 1992 dem Thema der Nachhaltigen Entwicklung zugewandt. Bei der VN-Konferenz „Rio+20“ hat man die 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung beschlossen, mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen, Sustainable Development Goals, abgekürzt SDGs. Da kommt zwar als Ziel 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen vor. Aber in der Langfassung wird das spezifiziert als: friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbau-

en. Von Abrüstung und der Vermeidung militärischer Kriege hören wir nicht viel.

Was vielleicht noch brisanter ist an der wohlgemeinten 2030 Agenda ist ihre innere Widersprüchlichkeit. Würden Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit für 7,4 Milliarden Menschen nach heutigem Muster überwunden, würde das so etwas wie eine Verdoppelung des Welt-Bruttoinhaltsproduktes bedeuten, und damit fast unvermeidlich eine Verdoppelung der klimaschädigenden Emissionen, der Überfischung der Weltmeere und der landwirtschaftlichen Produktion zulasten der Böden und der Biodiversität. Die SDGs 13, 14 und 15 würden krachend verfehlt. Mit der Folge von möglicherweise verheerenden Kriegen insbesondere in den Ländern, in welchen die Bevölkerung noch rasend zunimmt und die Böden besonders trocken und verletzlich sind, also in weiten Teilen Afrikas und des arabischen Kulturraumes.

Glücklicherweise ist das heutige ressourcenintensive Muster von Technologien und Konsum keineswegs unausweichlich. Eine Verfünfachung der Ressourcenproduktivität ist technisch möglich. Man kann also aus einer Einheit Energie, Wasser oder Mineralien mindestens fünfmal so viel Wohlstand gewinnen, als das mit den heutigen plumpen Technologien geschieht. Die hier angedeutete Effizienzrevolution wird aber nicht stattfinden, solange die betreffenden Ressourcen zu Schleuderpreisen auf den Markt kommen und dabei auch noch in Milliardenhöhe subventioniert werden. Hier wäre also die Politik gefragt, die Preise für den Naturverbrauch künstlich anzuheben, um so die Effizienz immer rentabler zu machen.

Was lernen wir aus dem Gesagten? Vielleicht sind die folgenden vier Aussagen von Nutzen:

- 1. Das Ende des Kalten Krieges** war zwar ein großer Segen für die Menschheit, aber es war nicht das Ende der Besorgnis vor Kriegen und gefährlicher Rüstung.
- 2. Die zweifellos** als friedensstiftend konzipierte 2030 Agenda der Vereinten Nationen enthält ihrerseits Konfliktpotenziale, die leider weitgehend ignoriert werden.
- 3. Die Verwirklichung** der 2030 Agenda ist darauf angewiesen, dass Technologien und Verhaltensmuster entwickelt werden, die die sozio-ökonomischen Ziele mit den drei ökologischen Zielen versöhnen.
- 4. Die Nachhaltigkeit** ist eine wichtige Komponente der weltweiten Friedensarbeit, aber sie darf nicht als Ersatz für die klassische Friedensforschung und Friedensarbeit aufgefasst werden.



Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Ko-Präsident des Club of Rome und war der Gründer des Wuppertal-Institut für Umwelt, Klima und Entwicklung

Impressum: Herausgeber der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co. KG, Hegelplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: (030) 250 087-0, verlag@freitag.de, Geschäftsführung: Jakob Augstein, Dr. Christiane Düts, UStID Nr.: DE261359494, Dr. Christiane Düts (V.i.S.d.P.) **Projektleitung** Amela Skiljan, Johann Plank **Redaktion** Reiner Braun, Lucas Wirl **Autorenfotos** (c) IPB **Layout** Marco Rüscher **Druck** BVZ Berliner Zeitungsdruck **Redaktionsschluss** 05. 09. 2016

ANZEIGE

Download der App *Disarm! For a Climate of Peace*



Via iTunes



Via Google Play

Diese App ist der sichere Begleiter durch die Vielzahl von Ereignissen und Veranstaltungen auf und um den Weltkongress. Sie ermöglicht ebenfalls die einfache Vernetzung und Kommunikation zwischen den KonferenzteilnehmerInnen.

Laden Sie die App herunter und melden Sie sich jetzt zur Konferenz an auf:

www.ipb2016.berlin